

Forum der Leser: Zur Debatte über Pläne für Windkraftanlage

Es geht nicht um Hundeklos

Carmen Gaab-Edinger

Die Lampertheimer Stadtverordnetenvorsteherin Brigitte Stass (SPD) bezichtigt mich in ihrem Leserbrief "Gegen persönliche Angriffe" (22. März), dass ich in meinem Leserbrief "Vom Gutbürger zum Wutbürger" (20. März) die Unwahrheit gesagt hätte. Wenn Bürgermeister Erich Maier behauptet, dass man ihm unterstellt habe, in Sachen Windkraftanlagen nicht immer die Wahrheit gesagt zu haben, so entspricht dies nicht den Tatsachen. Er wurde von der Bevölkerung sogar in der Hüttenfelder Ortsbeiratssitzung darauf hingewiesen, was ihn aber nicht davon abgehalten hat, dies weiterhin in der Öffentlichkeit zu behaupten. Wenn meine Kritik in einem Leserbrief an der Ausführung eines Amtes zugleich eine Beleidigung ist, dann stellt sich die Frage, wer hier unsachlich argumentiert.

Wenn Brigitte Stass glaubt, dass eine Stadtverordnetensitzung oder eine Absichtserklärungen des Zweckverbands Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB) ausreichen, um die Bürger im Vorfeld zu informieren, so ist sie sich anscheinend der Tragweite der Entscheidung, Windkraftanlagen so nahe an Wohnbebauungen zu etablieren, nicht bewusst. Die Auswirkungen auf Gesundheit, Lebensumgebung und Immobilienvermögen sind weitreichend. Die Bürger haben ein Anrecht darauf, dass man ihnen mit Offenheit und Respekt begegnet, indem man sie im Vorfeld beteiligt und nach ihrer Meinung fragt.

Hier waren nicht die Bürger in der Bringschuld, sondern Politik und Verwaltungsspitze. Es geht nicht um die Aufstellung eines Hundeklos, sondern um die nachhaltige Veränderung der Lebensumstände der Hüttenfelder Bürger! Es ist auch nicht zuträglich, wenn die Bürger auf der Ortsbeiratssitzung erfahren, dass man weitere Vorrangflächen für Windkraftanlagen südlich der Deponie beantragt hat und damit noch mehr Windkrafträder drohen.

Dass dies Emotionen erzeugt, ist nachvollziehbar und verständlich. Diese waren - von allen Bürgern - weder unsachlich noch objektiv beleidigend.

Mich erinnert diese Situation an die Umstände, die vor zehn Jahren zum ersten Lampertheimer Bürgerentscheid geführt haben. Im Verhalten der Verwaltungsspitze und Politik hat sich seither rein gar nichts verändert.

© *Südhessen Morgen, Mittwoch, 03.04.2013*